

## **Rückkehrrecht der Palästinenser oder gar nichts**

23. April 2012/Michael Warschawski (AIC)

Im Mittelpunkt der palästinensischen Frage steht die Frage der Flüchtlinge und nicht die der Souveränität, und im Zentrum der Lösung die Rückkehr der Flüchtlinge. Ohne Umsetzung des palästinensischen Rückkehrrechts werden auch Israelis niemals frei von ihrer Angst sein und dem damit verbundenen gewalttätigen Verhalten.

Anfang dieses Monats nahm ich an einer in Bilin jährlich stattfindenden internationalen Konferenz teil. Über die Jahre hat sich diese Konferenz in ein interessantes internationales Treffen gewandelt, in dem AktivistInnen von weltweit die Mittel diskutieren, wie man Israels kolonialistische Besatzung widersteht.

Obwohl ich darum gebeten war, über "Normalisierung und israelisch-palästinensische Kooperation" zu sprechen, und meinen Anmerkungen folgte, konzentrierte sich die Diskussion primär auf das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. "Im Zentrum der palästinensischen Frage steht die Frage der Flüchtlinge und nicht die Souveränität", sagte ich "und im Mittelpunkt einer Lösung - die Rückkehr der Flüchtlinge."

Einer der vielen negativen Implikationen des Oslo-Prozess war der Beginn des Eindrucks, völlig zu Unrecht, dass der israelisch-palästinensischen Konflikt primär eine Sache des Territoriums und der Grenzen sei und nicht mehr. Jedoch geht der Konflikt auch über Deportationen aus und Enteignungen eines gesamten Volkes in seinem Heimatland.

Mehr noch - dies ist kein Konflikt zwischen zwei Staaten, sondern ein anhaltendes Kolonialprojekt, dessen Ziel es ist, einen jüdischen Staat auf einem zerstörten Palästina zu errichten. Alle israelischen Versuche eines "Kompromisses" waren darauf gezielt, internationale Anerkennung dafür zu erhalten, was bereits in dem Moment erreicht worden war, in der Absicht, weiter zu machen. "Der Negev wird nicht weglaufen", sagte David Ben Gurion einmal jenen, die ihn für seine Annahme eines UN-Teilungsplans kritisierten, der die Negev-Wüste nicht mit in das Gebiet des jüdischen Staates einschloss; dies zeigt auch, wie er die Waffenstillstandslinie von 1949 sah, die Jerusalems Altstadt außerhalb der Grenzen des Staates Israels ließ.

Von Ben Gurion bis Ariel Scharon - zionistische Strategen verstanden die dynamische Dimension des zionistischen Projekts und sie behandelten alle Verhandlungskompromisse als eine temporäre Lösung bis zu dem Zeitpunkt, wo sie mit ihrem kolonialistischen Prozess weiter marschieren konnten.

Tatsache ist, dass der Kolonisierungsprozess auch innerhalb dessen, was wir "grüne Linie" nennen, weitergeht - Judaisierung von Galiläa, Judaisierung des Negev, die Einwanderungsgesetze für Juden, eine Reihe demnächst zu erlassende Gesetze, um den jüdischen Charakter des Staates zu festigen. Das alles widerspricht dem offensichtlichen naiven Wesen der zionistischen Linken, was "einen normalen Staat" betrifft, „der mit seinen Nachbarn Frieden schließen

muss"; Israel besitzt keine offiziellen Grenzen, weil es sich selbst noch immer in einem Prozess des Werdens sieht („Der Unabhängigkeitskrieg ist noch nicht zu Ende" sagte einmal Ariel Scharon). Die Tatsachen vor Ort geben die Grenzen Israels vor und ein paar Jahre sind noch notwendig (50 Jahre, so Scharon), bis Israel seine endgültigen Grenzen festgelegt hat.

Was ist die Verbindung zwischen all dem und der Flüchtlingsfrage? Die Notwendigkeit der Entkolonialisierung! Ohne eine Entkolonialisierung seitens Israel werden wir weiterhin im Prozess der Kolonisation und unter einem Kolonialregime verbleiben, nicht in einem "Staat" und gewiss nicht in einem demokratischen Staat. Die Entkolonialisierung seitens Israels ist nicht einfach nur eine Sache von einem Politikwechsel oder der Annullierung dieses oder jenes Gesetzes, sondern ein struktureller Wandel in beidem, im Regime und in seiner Mentalität. Im Zentrum dieses Gesinnungswandels - die Anerkennung des Palästinensers als Einheimischer, als einheimische Person, dessen Rechtmäßigkeit vor der Rechtmäßigkeit eines Israelis kommt als ein Bewohner, dessen Rechte in einem gewaltsamen Enteignungsprozess angeeignet wurden.

Das Rückkehrrecht ist vor allem Anerkennung des "Palästinensisch-Seins" des Landes und diese ist eine essenzielle Bedingung nicht nur für eine Lösung, die auf Gerechtigkeit basiert, sondern für die Befreiung der Israelis von Angst. Diese Angst, die die israelische Psyche endlos quält, ist die Angst vor den "Geistern" der Nakba, die, im Gegensatz zu denen der Ureinwohnern Nordamerikas, immer noch leben - ob innerhalb oder außerhalb unserer Grenzen.

Allein die Möglichkeit zur Rückkehr wird das israelische Volk von seiner Angst und dem gewaltsamen Vorgehen, das damit verbunden ist, befreien. In diesem Sinne ist die Frage der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nicht zweitrangig, die unter den Tisch gekehrt werden kann, während jene eifrig dabei sind, einen Staat zu etablieren und seine Grenzen festzulegen, sondern sie ist der zentrale Punkt der Frage und der Schlüssel zu ihrer Lösung. Während in "Oslo" ein Versuch gemacht wurde, die Flüchtlingsfrage an das Ende eines Prozesses zu stellen, erfordert die Logik, dass wir diese Frage an den Anfang unserer Prioritäten und unserer politischen Agenda zu stellen haben. Und jemand, der behauptet, dass "Israel dem nicht zustimmen wird", muss akzeptieren, dass es dann keine Lösung geben wird und der Konflikt weitergeht.

*(Übersetzung: W. Wiese)*